

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 7. März 2022

Antrag zur dringlichen Behandlung im Kreisverwaltungsausschuss am 22.3.2022 Gleichbehandlung aller Geflüchteten aus der Ukraine

Die Ausländerbehörde München im Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt schnellstmöglich ein Verfahren zu entwickeln, demgemäß die Anwendung des § 24 auf Geflüchtete aus der Ukraine nicht davon abhängt, ob die betroffenen Personen die ukrainische Nationalität besitzen.

Sollte das nicht im Ermessensspielraum der Ausländerbehörde umsetzbar sein, wird OB Reiter gebeten, sich schnellstmöglich bei den entsprechenden bayerischen und Bundesbehörden für eine Gleichbehandlung aller Geflüchteten aus dem Kriegsgebiet einzusetzen.

Begründung

Laut Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration plant die Bundesregierung die Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine auf Grundlage der sog. Massenzustrom-Richtlinie der EU, demzufolge nach §24 AufenthG zunächst ein Jahr befristetes Aufenthaltsrecht erteilt werden kann, ohne ein Asylverfahren einzuleiten.

Aufgrund der massiven Angriffe russischer Truppen auf verschiedene Städte in der Ukraine ist ein Abschwellen der Massenflucht aus den Kriegsgebieten in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Menschen, die aus der Ukraine vor dem Krieg fliehen, haben jedoch nicht ausschließlich ukrainische Ausweise. Insbesondere in Universitätsstädten gab es ein reges Austauschprogramm mit Studierenden aus aller Welt. Zudem gab es auch in der Ukraine zahlreiche migrantische Arbeitskräfte, wie auch Geflüchtete aus aller Welt. So lebten dort vor Kriegsbeginn 5000 afghanische Geflüchtete.

Es gibt immer wieder Berichte, dass dieser Personenkreis benachteiligt wird, teilweise sogar rassistischen Anfeindungen unterliegt. Das beginnt bei Belegung der knappen Plätze in Bussen und Bahnen raus aus der Ukraine und zieht sich durch über Grenzkontrollen bis hin zur behördlichen Abwicklung in deutschen Ankunftsstätten. Hier mehren sich Rückmeldungen von People of Color (PoC) aus der Ukraine, die vereinzelt abgewiesen werden mit der Begründung „wir sind nur für Ukrainer zuständig“.

Wer zum Ausbruch des Krieges seinen Lebensmittelpunkt zufällig in der Ukraine hatte ist von den gleichen Kriegshandlungen und Kriegsfolgen betroffen wie alle Menschen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft. München als sicherer Hafen muss Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten gleichbehandeln.

Initiative:

Stadtrat Thomas Lechner
Stadträtin Marie Burneleit

Gezeichnet:

Stadtrat Stefan Jagel
Stadträtin Brigitte Wolf

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München